

AUF EINEN BLICK

Das Stadtparlament hat an seiner Sitzungen gestern acht Vorlagen und Vorstösse behandelt.

Wahl I. Nadine Niederhauser von den Grünliberalen wurde einstimmig bei einigen Enthaltungen in den Verwaltungsrat der Olma Messen gewählt. Sie ersetzt Sonja Lüthi (GLP), die Ende 2015 zurückgetreten ist.

Wahl II. Thomas Brunner von den Grünliberalen wurde einstimmig bei einigen Enthaltungen in den Stiftungsrat der Stiftung Arbeit gewählt. Er ersetzt Daniel Weder (GLP), der Ende 2015 zurückgetreten ist.

Wahl III. Remo Wäspe von der SVP wurde einstimmig bei einer Enthaltung in die Feuerschutzkommission gewählt. Er ersetzt Harry Gut, der am 22. März dieses Jahres zurückgetreten ist.

Beteiligungen. Der Postulatsbericht «Die Stadt als Aktionärin: Strategie, Vertretungen und Reporting» wurde vom Parlament zur Kenntnis genommen und einstimmig abgeschlossen.

Rütiweier. Ein Zusatzkredit über 186 000 Franken für den Bau des Rückhaltebeckens beim Rütiweier wurde ohne Diskussion und einstimmig bewilligt.

Tempelackerstrasse. Das Parlament hat einen Kredit von 370 000 Franken für den Umbau des südlichen Teils der Tempelackerstrasse in einen Fuss- und Veloweg gutgeheissen. Die Gesamtkosten betragen 559 000 Franken, den Rest trägt die Ortsgemeinde. Ein Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion mit einem Kostendach von 100 000 Franken für den städtischen Anteil blieb chancenlos.

Erdgas. Die SVP-Fraktion hat geschlossen gegen den Antrag des Stadtrates gestimmt, den Postulatsbericht «Erdgas-Chancen nicht verpassen» als erledigt abzuschreiben. Sie wird einen neuen Vorstoss zu diesem Thema einreichen. Die anderen Fraktionen schrieben den Bericht geschlossen als erledigt ab.

Ungehindertes St. Gallen. Stefan Grob (CVP) zeigte sich zufrieden mit der Antwort des Stadtrats auf seine Interpellation «Ungehindertes St. Gallen auf Kurs?». Der Stadtrat habe den Handlungsbedarf für die Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung erkannt. Grob und andere Votanten kritisierten einzig, dass die Antwort keinen Zeitplan für die Umsetzung von Massnahmen enthält. (dwi/dag/rsp)

Vorgeplänkel bei Wahl in Olma-VR

Die Fraktion von Grünen, Jungen Grünen und Grünliberalen schlug Nadine Niederhauser als Ersatz für die zurückgetretene Sonja Lüthi zur Wahl in den Verwaltungsrat der Olma Messen vor. Der FDP schien dieser Vorschlag «nicht optimal», wie es Fraktionspräsident Roger Dornier formulierte. Niederhauser sei gänzlich unerfahren. Es hätte Sinn gemacht, Sonja Lüthi bis November im Verwaltungsrat der Olma Messen zu belassen, dann finde die Neuzuteilung der Abordnungen statt. Clemens Müller (Grüne) verteidigte den Vorschlag seiner Fraktion: Mitglieder, die aus dem Parlament ausscheiden, sollten auch Abordnungen sofort abgeben. Niederhauser wurde gewählt. (dwi)

Bohrloch soll vorerst offen bleiben

Der Bericht zum Postulat «Erdgas-Chance nicht verpassen» hat vor dem Parlament grösstenteils Gnade gefunden. Gegen den Bericht hat geschlossen die SVP gestimmt. Sie wird einen neuen Vorstoss zum Bohrloch einreichen.

ELISABETH REISP

Eingereicht haben zwei SVP-Parlamentarier das Postulat, das noch ein paar Fragen offen lässt. Etwa jene über die Versiegelung des Bohrlochs. Mangels Notwendigkeit, das Loch aus Sicherheitsgründen sofort zu schliessen, waren sich die Fraktionen, mit Ausnahme der SP/Juso/PFG-Fraktion einig, mit der Versiegelung zu warten. Die Technologien im Bereich der Geothermie und der Erdgasförderungen würden sich derzeit rasch entwickeln, sagte etwa Thomas Brunner im Namen der Grünen/Jungen Grünen/Grünliberalen-Fraktion. So sei es nur sinnvoll, das Loch noch nicht definitiv zu schliessen.

Unklarheiten bei Interessenten

Grund für die Verstimmung in der SVP-Fraktion ist die Aussage des Stadtrates im Postulatsbericht, dass es keine Interessenten an einer Erdgasförderung gebe. Neun potenzielle Partner seien angefragt worden, sieben hätten sich relativ schnell zurückgezogen, zwei hätten die Ausgangslage einer vertieften Prüfung unterzogen und dann eine Absage erteilt. Die Schweizerische Erdöl AG (Seag) hat gegen diese Aussage protestiert. Die Seag habe sehr wohl Interesse, in St. Gallen Erdgas zu fördern, sagte deren Geschäftsführer Conrad Frey gegenüber dieser Zeitung. Ihr werde von der Stadt jedoch die Einsicht in die Bohrdaten verwehrt.

«Interesse der Stadt gewahrt»

Peter Jans, Direktor Technischer Betriebe, legte dem Parlament kurz den Kontakt zwischen Seag und Stadt dar. Seit 2009 waren die beiden Parteien in Kontakt, mit teilweise längeren Unterbrüchen. Das Fazit von Jans: Die Stadt habe sich über die Jahre hinweg kooperativ gezeigt. Die Seag habe aber nur Interesse an den Daten gezeigt, um ein Konzessionsgesuch beim Kanton einzureichen. Ein eigentliches Investitionsinteresse sei nicht wirklich zu erkennen gewesen. «Zu Recht hat man darauf



Bild: Coralie Wenger

Es sollte nicht sein: Mit der Förderung von Erdgas im Sittertobel ist kaum mehr zu rechnen.

geschaut, dass die Interessen der Stadt gewahrt werden», sagte Jans.

Volk solle entscheiden

René Neuweiler (SVP), einer der Postulanten, zeigte sich da-

her «enttäuscht über den Bericht und das Vorgehen des Stadtrates». Er vermisse eine Gegenüberstellung von Pro und Contra in diesem Bericht. Auch fänden sich darin widersprüchliche Aussagen über den Zeitpunkt der

definitiven Schliessung des Bohrlochs.

Neuweiler bemängelte auch den Umstand, dass der Stadtrat über die Schliessung des Bohrlochs entscheide. «Das mag formaljuristisch so stimmen, aber

darüber sollte das Volk abstimmen können.»

Die SVP-Fraktion forderte vom Stadtrat eine mögliche Nutzung noch einmal zu überprüfen. Schliesslich müsse man im Sinne des Energiekonzepts 2050 denken, sagte Fraktionssprecher Stefan Dietrich. Durch die Tiefenbohrung lägen viele spezifische Daten vor. Das Bohrloch habe auf jeden Fall offen zu bleiben. «Bevor ein 60-Millionen-Projekt mit Beton endgültig beendet wird, ist ein möglicher Nutzen des Bohrlochs für die Forschung zu prüfen», sagte Dietrich. Nach Ansicht der SVP-Fraktion ist der Postulatsauftrag nur zum Teil erfüllt. Daher stimmte die Fraktion geschlossen gegen den Antrag des Stadtrates, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Mehr noch: «Wir werden daher einen weiteren Vorstoss einreichen», sagte Dietrich.

Jetzt geht's um die Schliessung

In einem Punkt stimmte die Grüne/Junge Grüne/Grünliberale-Fraktion der SVP zu: «Es gibt keinen Grund für eine vorläufige Entscheidung. Es wurden 60 Millionen in dieses Loch investiert, diese Werte sollte man nicht sofort vernichten», sagte Thomas Brunner. Den Postulatsbericht im engen Sinne könne die Fraktion abschreiben, aber noch nicht die Investitionen.

Einstimmig abgeschlossen hat auch die CVP/EVP-Fraktion den Postulatsbericht. Barbara Hächler (CVP): «Wir können die Erdgas-Chance nicht verpassen, weil sie leider gar nicht vorhanden ist.» Dennoch möchte die Fraktion dem Stadtrat mitgeben, dass er sich «zwingend mittelfristig» die Zukunft des Bohrlochs überlege. Für die Dauer der neuen Bohrkonzeption bis 2020 solle der provisorische Verschluss im Sinne der Forschung beibehalten werden. «Aber es kann nicht sein, dass wir das Gelände mit dem provisorischen Verschluss über Jahrzehnte unterhalten. Irgendwann werden die gewonnenen Daten nutzlos werden», sagte Hächler.

Klares Ja zur Tempelackerstrasse

Das Parlament hat gestern einem Kredit von 370 000 Franken für den Rückbau der Tempelackerstrasse in einen Fuss- und Veloweg klar zugestimmt. Die SVP-Fraktion wollte diesen Betrag um drei Viertel kürzen.

DAVID GADZE

Die Tempelackerstrasse kann zwischen der Bedastrasse und der Flurhofstrasse für den Autoverkehr gesperrt und in einen Fuss- und Veloweg umgebaut werden. Das Stadtparlament hiess an seiner gestrigen Sitzung einen Verpflichtungskredit von 370 000 Franken gut. Den Rest der Gesamtkosten von 559 000 Franken übernimmt die Ortsgemeinde. Im Zuge des Strassenrückbaus macht sie ausserdem den angrenzenden Ackerpark öffentlich zugänglich.

SVP fordert tiefere Kosten

Bei der Beratung im Parlament war das Projekt beziehungsweise der städtische Kostenanteil grossmehrheitlich unbestritten. FDP-Fraktionspräsident Roger Dornier sprach etwa davon, das Projekt ermögliche «den Rückbau einer Strasse, welche ausser als Platz für die Parkierung wenig Sinn macht».

Einzig die SVP-Fraktion war gegen die Vorlage. Sie stellte

einen Rückweisungsantrag. Der städtische Anteil betrage etwa ein Vierfaches dessen, was das Bundesamt für Strassen für solche Projekte schätze, sagte Jürg Brunner. Die SVP wollte den städtischen Anteil deshalb auf 100 000 Franken begrenzen. Die

Strassenführung solle zudem erst beim allfälligen Bau einer Tiefgarage angepasst werden.

SP-Stadtparlamentarier Martin Boesch verlangte präzisere Angaben von der SVP-Fraktion. Er fragte, wo konkret diese das Geld einsparen wolle. Auch Bau-

kommissionspräsidentin Doris Königer wollte dies wissen. Die Strasse könne «mit einfachen Mitteln» verkehrsfrei gemacht werden, antwortete Jürg Brunner. «Oder ist sie jetzt nicht nutzbar mit Kinderwagen und Velo?»

Peter Olibet von der SP/Juso/PFG-Fraktion kritisierte, dass die SVP ausgerechnet bei einem Projekt für den Langsamverkehr weniger Geld ausgeben wolle. «Wir sagen in der Regel Ja zu Strassenbauten, obwohl oft Randsteine vergoldet werden.»

Parkplätze kosten 75 000 Franken

Stadträtin Patrizia Adam relativierte den geforderten Kostendeckel. Allein die neuen Parkplätze bei der Geriatriischen Klinik kosteten 75 000 Franken. «Billiger geht es nicht.» Die Parkplätze seien ausserdem mit den Quartiervereinen ausgehandelt worden, um Einsparungen möglichst im Keim zu ersticken. Sämtliche Fraktionen ausser der SVP lehnten letztlich den Rückweisungsantrag ab und stimmten dem Kredit zu.



Bild: Michel Canonica und Benjamin Manser

Der südliche Teil der Tempelackerstrasse und der Ackerpark.

Gratwanderung oder Minenfeld

Das Stadtparlament behandelte gestern den Postulatsbericht «Die Stadt als Aktionärin: Strategie, Vertretungen und Reporting». Eingereicht wurde der Vorstoss vor sechs Jahren; vor seiner Erheblichkeitserklärung 2011 war der Wortlaut noch abgeändert worden. Darum müsse sich das Parlament selber an der Nase nehmen, dass der Bericht auf viereinhalb A4-Seiten dürrig ausgefallen sei, sagte Etrit Hasler namens der SP/Juso/PFG-Fraktion. Andreas Hobi sagte für die Fraktion von Grünen, Jungen Grünen und Grünliberalen, es scheine, die Beantwortung von Fragen zu Abordnungen bereite Kopfzerbrechen. Eine Frage, die mitschwingt, sei die, ob man ans Gute oder ans Schlechte im Menschen glaube. Stadtpräsident Thomas Scheitlin sagte, er nehme zugunsten der Stadt in Verwaltungsräten wie demjenigen der Olma Messen Einsitz. Er räumte aber auch ein, dass solche Abordnungen eine Gratwanderung seien. Hobi hatte es zuvor drastischer ausgedrückt: Solche Mandate könnten zu einem Minenfeld werden. Das Postulat wurde abgeschlossen. (dwi)